

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef Fell, Kai Gehring,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/1433 –**

Kernfusionsforschung kritisch überprüfen – ITER-Vertrag kündigen

A. Problem

Deutschland steht als hochentwickeltes Industrieland in der Verantwortung, sich auf nationaler und internationaler Ebene für einen sicheren und zivilen Einsatz von Zukunftstechnologien einzusetzen.

Die Kernfusion wird in den nächsten 50 Jahren keinen Beitrag leisten, die drängenden globalen Energie- und Klimaprobleme zu lösen und insbesondere die drohende fortschreitende Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen.

Der Bau des Kernfusionsreaktors ITER stellt zudem aufgrund explodierender Kosten ein unkalkulierbares Risiko für die öffentlichen Haushalte Deutschlands und der EU dar.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden darauf hinzuwirken, das ITER-Abkommen einvernehmlich aufzuheben oder außerordentlich zu kündigen, den Deutschen Bundestag zeitnah und umfassend über die Entscheidungen und Ergebnisse der Sitzungen des ITER-Council zu unterrichten und unverzüglich damit zu beginnen, die Fusionsforschungsmittel aus dem Bundeshaushalt auf die Erforschung erneuerbarer Energien und der Energieeinsparung zu übertragen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1433.

D. Kosten

Nach den Ausführungen im Antrag auf Drucksache 17/1433 betragen die jährlichen Gesamtausgaben der Bundesrepublik Deutschland für die Kernfusion ca. 135 Mio. Euro jährlich mit steigender Tendenz. Bis zum Jahre 2009 seien bereits über 3,3 Mrd. Euro für die Fusionsforschung ausgegeben worden. Beim Bau des ITER werde mit erheblichen Kostensteigerungen gerechnet. Nach dem ITER-Abkommen trage Europa einen Kostenanteil von 45,5 Prozent, alle anderen Partner 9,1 Prozent. Der EU-Beitrag werde nach Informationen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von 2,8 Mrd. im Jahr der Vertragsunterzeichnung 2006 auf geschätzte 5,6 Mrd. Euro steigen. Nach Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat „ITER: aktueller Stand und Zukunftsperspektiven“ auf Ratsdok. 9424/10 vom 7. Mai 2010 (Ausschussdrucksache 17(18)49) steige der Anteil Europas an den Gesamtbaukosten des ITER auf 7,2 Mrd. Euro.

Nach Schätzungen von Zukunftsenergieforschern würden die Gesamtausgaben des ITER bis zur voraussichtlichen ersten Stromlieferung im Jahre 2055 auf 100 Mrd. Euro steigen.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/1433 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2010

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Dr. Stefan Kaufmann
Berichtersteller

René Röspel
Berichtersteller

Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Stefan Kaufmann, René Röspel, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Petra Sitte und Sylvia Kotting-Uhl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1433** in seiner 40. Sitzung am 6. Mai 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass Deutschland als hochentwickeltes Industrieland in der Verantwortung stehe, sich auf nationaler und internationaler Ebene für einen sicheren und zivilen Einsatz von Zukunftstechnologien einzusetzen.

Die Energieforschung müsse sich angesichts des Klimawandels stärker auf die nachhaltige Lösung aktueller Energie- und Klimaprobleme konzentrieren.

Die Kernfusion werde in den nächsten 50 Jahren keinen Beitrag leisten, die drängenden globalen Energie- und Klimaprobleme zu lösen und insbesondere die drohende fortschreitende Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius zu begrenzen.

Der Bau des Kernfusionsreaktors ITER stelle zudem aufgrund explodierender Kosten ein unkalkulierbares Risiko für die öffentlichen Haushalte Deutschlands und der EU dar.

Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung aufgefordert werden darauf hinzuwirken, das ITER-Abkommen einvernehmlich aufzuheben oder außerordentlich zu kündigen, den Deutschen Bundestag zeitnah und umfassend über die Entscheidungen und Ergebnisse der Sitzungen des ITER-Council zu unterrichten und unverzüglich damit zu beginnen, die Fusionsforschungsmittel aus dem Bundeshaushalt auf die Erforschung erneuerbarer Energien und der Energieeinsparung zu übertragen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1433 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Allgemeiner Teil

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 12. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1433 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die

Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Von Seiten der antragstellenden **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird Bezug auf die Annahme der Mitteilung „ITER: aktueller Stand und Zukunftsperspektiven“ durch die EU-Kommission vom 4. Mai 2010 genommen. Ziel der Mitteilung sei, die verwaltungstechnischen und finanziellen Bedingungen für die Realisierung des ITER darzulegen und die Fusionsforschung zu begründen. Mit der erfolgreichen Realisierung des ITER werde ermittelt, ob die Kernfusion einen Beitrag zur langfristigen Sicherheit der europäischen Energieversorgung leisten könne. Nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehe es damit nur um die Frage der Machbarkeit und um ein forschungspolitisches Prestigeobjekt der EU.

Angesichts schwieriger Haushaltslagen auf allen Ebenen seien jedoch die explodierenden Kosten von größter Bedeutung. Der vereinbarte Kostenanteil der EU sei von 2,8 Mrd. Euro im Jahre 2006 auf inzwischen 7,3 Mrd. Euro gestiegen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die beiden bisher verfolgten Finanzierungsoptionen – Finanzierung über ein Darlehen der europäischen Investitionsbank oder über eine Umverteilung von Haushaltsmitteln – nach Ansicht der EU-Kommission nicht weiter verfolgt werden könnten. Sie schlage daher zwei neue Optionen vor: Bereitstellung zusätzlicher Mittel durch die Mitgliedstaaten bis 2020 und eine Nettoanhebung des Finanzrahmens bis 2013.

Die Antragsteller betonen, dass sich offensichtlich die finanziellen Rahmenbedingungen seit der Antragstellung massiv verschlechtert hätten und skizzieren ihre zentralen Forderungen: Zeitnahe und umfassende Unterrichtung des Deutschen Bundestages über die Ergebnisse der Sitzung des ITER-Councils, schrittweise Übertragung der Haushaltsmittel für die Fusionsforschung auf erneuerbare Energien und Energie-sparmaßnahmen und kurzfristige Aufhebung oder außerordentliche Kündigung des ITER-Abkommens.

Im Ergebnis sei ITER in umwelt-, energie- und finanzpolitischer Hinsicht ein sinnloses Projekt.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird ebenfalls die dramatische Kostenentwicklung bei ITER beklagt. Es sei im Zusammenhang mit der ebenfalls dramatischen Diskussion-entwicklung im Zuge der Vorbereitung des Wettbewerbsfähigkeitsrates damit zu rechnen, dass der angestrebte Beschluss auf der Ratssitzung nicht gefasst werde. Die Unionsfraktion halte jedoch nach wie vor ITER für ein sinnvolles Projekt, und es sei kontraproduktiv, die Fusionsforschung gegen die Förderung erneuerbarer Energien oder der Energieeffizienz auszuspielen.

Das Fusionskraftwerk biete die langfristige Option, Energie sicher, klima- und umweltfreundlich bereitzustellen. Das Klimaproblem werde bis zum Jahr 2050 noch nicht gelöst sein. Es gebe große Brennstoffreserven und keine Endlagerprobleme. Darüberhinaus biete ITER besondere Chancen für die nationale Technologie- und Industrieentwicklung. Daher

wolle die Fraktion der CDU/CSU derzeit weiter an dem Projekt festhalten.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird erklärt, dass sie die Kernfusion immer eher als Forschungs- und nicht als Energieoption gesehen habe. Man habe zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung auch mit der Problematik eines Vertragsausstiegs zu tun gehabt, der die Kosten nicht reduziere, jedoch die Finanzierungsquellen schließe.

Man sehe einerseits die Notwendigkeit, Energie schnellstmöglich umweltfreundlich und nachhaltig bereitzustellen, andererseits die Kostenexplosion und wegbrechendes zusätzliches Finanzierungspotential. Die Fraktion der SPD sei daher der Auffassung, die in der EU-Vorlage angedeutete Priorisierung zu verfolgen.

Im Unterschied zur Fraktion der CDU/CSU sehe man die Tendenz, dass die Kernfusion und erneuerbare Energien gegeneinander ausgespielt würden. Es wird auf eine Haushaltsperre zum Marktanzreizprogramm für Effizienz und Wärmedämmung hingewiesen, zu der der Bundesrat zwischenzeitlich eine Resolution verabschiedet und einen Antrag gestellt habe.

Die Fraktion der SPD sehe den Konflikt, dass auf der einen Seite 1,4 Mrd. Euro für die Kernfusion zur Verfügung gestellt werden müssten, auf der anderen Seite würde die Finanzierung nachhaltiger Verfahren zu Energiebereitstellung beschnitten. Die Fraktion der SPD werde sich gegenüber dem vorliegenden Antrag enthalten, da sie die Forderung einer Kündigung des Vertrags nicht unterstütze. Die Bundesregierung werde jedoch aufgefordert, die Kostenfrage und eine Deckelung der Kosten beim Wettbewerbsrat zu thematisieren.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** werden die politische Dimension und die Frage des Managements und der Umsetzung des Projektes angesprochen. Was die politische Option angehe, herrsche in der FDP-Fraktion Klarheit darüber, dass es sich lohne, in eine Zukunftsenergie ohne klimaschädliche Emissionen zu investieren.

Jedoch sei man jetzt gefordert, sich mit den enormen Kostensteigerungen zu befassen, die sich jedoch bereits im Jahre 2008 abgezeichnet hätten. Die Verteuerung des Projektes sei ein ernst zu nehmendes Problem, und man schließe sich der Forderung einer Kostendeckelung an. Die bisher geleistete Forschungsarbeit dürfe aber nicht vergeblich gewesen sein. Der ITER werde bahnbrechende Forschungs- und Entwicklungsarbeit ermöglichen. Daher sei das Projekt weiter zu fördern, und der Vorschlag der Kommission, die Aktivitäten um zwei Jahre zu verschieben, werde abgelehnt.

Von Seiten der **Fraktion DIE LINKE** wird daran erinnert, dass ITER bereits 1985 mit Beteiligung Frankreichs, der Sowjetunion und den USA beschlossen worden, die USA aber schon 1998 aus Kostengründen wieder ausgestiegen sei.

In dieser Zeit sei in der Öffentlichkeit noch nicht ernsthaft über einen drohenden Klimawandel und dringend einzuleitende Gegenmaßnahmen diskutiert worden.

Heute stelle niemand mehr diese Problematik und das enge Zeitfenster für Reaktionen ernsthaft in Frage.

Die Fusionsforschung wird von der Fraktion DIE LINKE als spannende wissenschaftliche Option gewertet. Sie und erneuerbare Energien dürften aber nicht vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Mittel und des kleinen Zeitfensters für Maßnahmen gegen den Klimawandel gegeneinander ausgespielt werden.

„Mammut-Projekte“ wie ITER seien angesichts der aktuellen Diskussion über die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken und der Kürzung der Solarförderung nicht angemessen. Ein Systemwechsel hin zur Effizienzforschung und einer stärkeren Förderung erneuerbarer Energien sei notwendig. ITER widerspreche auch der Idee dezentraler Versorgungsstrukturen und werde aufgrund monopolistischer Strukturen zu einer unübersichtlichen und erpresserischen Preisgestaltung führen.

Es wird darauf hingewiesen, dass auf EU-Ebene die gleichen Debatten über ungelöste Finanz- und Managementfragen geführt würden. Offene Fragen und neue Forschungsergebnisse könnten oder müssten dazu führen, dass das Gesamtkonzept des Projektes erneut auf den Prüfstand gestellt werde. Daher stimme man mit der Auffassung der Antragsteller überein, alle zur Verfügung stehenden Mittel für einen Systemumstieg zu verwenden. Es sei ein Skandal, dass der Vertrag keine Optionsklausel für einen Ausstieg beinhalte.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird betont, dass die Bundesregierung nicht beabsichtige, den ITER-Vertrag zu kündigen. Die jetzt öffentlich gewordenen Kostensteigerungen seien jedoch so erschreckend, dass die Bundesregierung beabsichtige, die Kostenschätzungen auf Einsparpotenziale hin zu überprüfen und im Hinblick auf zukünftige Kostensteigerungen eine Kostendeckelung vorzusehen. Sie werte die Kernfusionsforschung als außerordentlich wichtiges Projekt im Dienste einer zukünftigen CO₂-neutralen Energiegewinnung.

Sie wolle daher in der nächsten Woche im Wettbewerbsrat auf Verbesserungen des ITER-Managements, eine klarere Definition des Zeitplans und eine Konkretisierung des Kostenrahmens hinwirken. Alle Partner seien in der Pflicht, die notwendigen Kosten gemeinsam zu tragen. Es gebe keine Bereitschaft von Seiten der Bundesregierung, darüberhinaus Kosten in Deutschland zu tragen.

Begründungen

Zur Begründung des Antrags wird auf die Seiten 2 und 3 der Drucksache 17/1433 verwiesen.

Berlin, den 19. Mai 2010

Dr. Stefan Kaufmann
Berichtersteller

René Röspel
Berichtersteller

Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Sylvia Kottling-Uhl
Berichterstellerin

